

Staufurter Unternehmen erweitert seinen Standort

Autohaus schafft mit neuer Werkstatt Arbeitsplätze für vier neue Mitarbeiter und stellt schwerbehinderten Kollegen ein

Von Franziska Richter

Staufurt • Die Erweiterung des Autohauses Helbig in der Löderburger Straße in Staufurt ist auf formaler Ebene in Arbeit. Aktuell liegt der Vorentwurf des Bebauungsplanes bei der Stadt noch bis 18. Januar aus. So eine öffentliche Auslage ist das übliche Verfahren, um Bau-recht zu schaffen.

Der Staufurter Stadtrat ist in seiner Sitzung am 18. Oktober dem Wunsch des Unternehmens zur Expansion nachgekommen und hat die Aufstellung des Bebauungsplanes und die öffentliche Auslage beschlossen. Eine bauliche Erwei-

terung des Autohauses ist auf dem Grundstück in Richtung Löderburg direkt neben dem aktuellen Firmensitz geplant.

Im August hatte sich das Unternehmen mit Geschäftsführer Matthias Helbig an die Stadtverwaltung gewandt. Geplant ist der Neubau eines Werkstattgebäudes mit zweispuriger Fahrzeugaufbereitung. Das Autohaus braucht weitere Sicherstellungsplätze und Unterstellmöglichkeiten für Fahrzeuge sowie mehr Arbeitsplätze in Form von Hebe-

Vier neue Arbeitsplätze sollen durch die Erweiterung

entstehen. Bereits im Sommer habe man zwei neue Mitarbeiter eingestellt, die in Zukunft im erweiterten Bereich arbeiten sollen, heißt es in den Antragsunterlagen. Um nicht an Kapazitätsgrenzen zu stoßen braucht jeder Mechaniker eine eigene Hebebühne, um je an einem Auto arbeiten zu können. Auch einen schwerbehinderten Mitarbeiter hat die Firma bereits eingestellt, der einen speziell angepassten Arbeitsplatz im Neubau erhalten soll.

Da sich die Aufträge durch den Vertragspartner ADAC, für den das Unternehmen auch in der Soforthilfe bei Pannen tä-

tig ist, erhöhen, werden auch mehr Unterstellmöglichkeiten für geborgene und zu reparierende Fahrzeuge gebraucht.

Die Stadt wertete das Ansinnen des Unternehmens als „dringend geboten“ für „den Fortbestand des Betriebes und die Beschäftigungssicherung“, wie aus den öffentlichen Dokumenten hervorgeht, und ließ die städtebaurechtliche Formalie durch den Stadtratsbeschluss einleiten. Es haben bereits Abstimmungsgespräche zwischen dem Unternehmen, das über die Jahre kontinuierlich wachse, und der Verwaltung stattgefunden.



Die Firma sieht sich als Arbeitgeber in der sozialen Verantwortung: 2017 bekam Flüchtling Anees Alsamel (l.) eine Ausbildung. Archiv: fh